

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR,
Otto W i n z e r , auf der Konferenz der Außenminister
der Warschauer Vertragsstaaten vom 20./31.10.1949 in Prag

Liebe Genossen!

Zunächst möchte ich der Partei- und Staatsführung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik unseren aufrichtigen Dank für die Einladung zu dieser Beratung und für die herzliche Aufnahme und Gastfreundschaft aussprechen. Unser herzlichster Dank gilt insbesondere auch unserem Gastgeber, Genossen Marke.

Nach der Budapest-Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses haben zahlreiche bilaterale und multilaterale Gespräche stattgefunden. In ihnen kam der positive Widerhall des politisch außerordentlich wirksamen Budapest-Apells an die Völker Europas zum Ausdruck. Es zeichnete sich ab, daß wir auf dem Wege zur europäischen Sicherheit erfolgreich vorankommen. Die Bedingungen in diesem Kampf sind trotz der imperialistischen Gegenmaßnahmen günstiger geworden. Von uns hängt es ab, wie in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Politik richtig zu nutzen. Das erfordert vor allem, daß die sozialistischen Staaten bei der Beantwortung der europäischen Sicherheitsfragen die Initiative fest in der Hand behalten. Unsere heutige Beratung, die der Abstimmung und Koordinierung des weiteren strategisch-taktischen Vorgehens bei der Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz dient, kann und wird zweifellos dazu einen beachtlichen Beitrag leisten.

Besonderen Dank geführt dem ZK der KPdSU und der Sowjetregierung für ihre Initiative sowie für die umfangreiche Vorbereitung zu dieser Beratung und für die vorbereitende Abstimmung der heute zu verabschiedenden drei Dokumente. Die Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik hat die vorliegenden Dokumente und das geplante weitere Vorgehen zur Herbeiführung einer europäischen Sicherheitskonferenz behandelt, und ich möchte in ihrem Namen hier unser grundsätzliches Einverständnis, unsere volle Übereinstimmung zum Ausdruck bringen.

Liebe Genossen!

Das langfristige Ziel sozialistischer Europa-Politik ist die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit. Es liegt im Gesamtinteresse der sozialistischen Staaten, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, aber es ist offenkundig, daß dieses Ziel sozialistischer Europa-Politik nicht mit einem schnellen Anlauf und einem großen Sprung zu erreichen ist.

Der Politische Beratende Ausschuss der Organisation des Warschauer Vertrages und die Außenminister seiner Mitgliedsstaaten haben sich seit vielen Jahren immer wieder den Problemen der europäischen Sicherheit zugewandt. Im Januar 1965 war es der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, der in der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau mit besonderem Nachdruck für die

gute Zusammenarbeit aller Staaten Europas und für ein europäisches Sicherheitssystem eintrat, das die Sicherheit aller europäischen Länder gewährleistet und das von allen Europäern den Druck der Kriegsgefahr nimmt.

Der starke Widerhall, den der Budapest-Appell hatte, und die positive Reaktion der Mehrheit der europäischen Staaten auf die Initiative der finnischen Regierung zeigen, daß die Zeit reif ist, reale Schritte zur europäischen Sicherheit zu tun und eine europäische Sicherheitskonferenz zu erreichen. Die Weiterführung der europäischen Friedenseffensive der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages macht es jedoch erforderlich, jene imperialistischen Bemühungen zu vertreiben, mit denen eine baldige Durchführung einer Gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz verzögert oder sogar torpediert werden soll. Diese imperialistischen Manöver und Winkelzüge zeigen sich in der Berufung auf die Kompliziertheit der Fragen und die Notwendigkeit einer langfristigen Vorbereitung sowie in der Forderung, zuvor müßten einige Fragen z.B. zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und der DDR geklärt werden. Solchen Versuchen, die europäische Sicherheitskonferenz auf lange Frist hinauszuzögern oder direkt zu sabotieren, begegnen die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages dadurch, daß sie bereits auf dieser Beratung der Außenminister für eine gute Vorbereitung der Gesamteuropäischen Konferenz

Sorge tragen, indem sie eine akzeptable Tagesordnung vorschlagen und für die beiden Tagesordnungspunkte solche Vorschläge unterbreiten, die im Interesse aller europäischen Völker und Staaten liegen und von ihnen akzeptiert werden können. Der imperialistische Gegenwärt einer europäischen Sicherheitskonferenz in den USA oder auch in Westdeutschland wird es sehr schwerfallen, eine Ablehnung der geplanten Gesamt-europäischen Konferenz mit den vorgeschlagenen zwei Tagesordnungspunkten vor ihren Völkern und der internationalen Öffentlichkeit zu begründen.

Betrachten wir das Problem der europäischen Sicherheit unter seinem internationalen Aspekt, so darf man sagen, die politische Offensive gegen den Imperialismus, wie sie in den Vereinten Nationen mit den Vorschlägen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten für Frieden und Sicherheit entwickelt wurde, gilt es in Europa fortzusetzen. Wir sollten den Imperialisten keine weitere Zeit für Gegenmanöver lassen sondern alles tun, um ihre Taktik zu durchkreuzen. Aus diesen Gründen ist es von großer Bedeutung, daß eine europäische Sicherheitskonferenz, so wie es in der vorgeschlagenen Erklärung unserer Bewegung vorgesehen ist, in der ersten Hälfte des Jahres 1970 stattfindet.

Der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz darf weder durch endlose hinausgezögern noch durch einen ergebnislosen Ausgang diskreditiert werden. Eine erfolgreiche erste gesamteuropäische Konferenz würde die Völker im Kampf um Frieden und Sicherheit ermutigen. Die Völker würden ihren Druck auf die Regierenden der kapitalistischen Länder, weitergehende Maßnahmen zu vereinbaren, verstärken. Das ermöglichte dann, auch kompliziertere Fragen auf einer zweiten oder dritten gesamteuropäischen Konferenz im Angriff zu nehmen. Eine gelungene erste Sicherheitskonferenz würde die Weiterführung der politisch-diplomatischen Offensive der sozialistischen Staaten noch wirksamer machen. Sie würde in gewissem Maße auch die Spannungen in Europa vermindern. Beides wäre nützlich für die Sicherheit in Europa und für die Fortführung der Aktionen unserer Staaten in der gesamten internationalen Politik. Ein Ausbleiben der Konferenz oder ihr Misserfolg würde das Gegenteil bewirken und die Bewegung für europäische Sicherheit entweder abebben lassen oder zurückwerfen, würde vom Imperialismus ausgenutzt werden, neue Spannungen zu schaffen und vollendete Tatsachen zur Stärkung der NATO zu schaffen.

Aus solchen strategisch-taktischen Erwägungen sind Fortschritt und Staatsführung der DDR für die vorgeschlagene Tagesordnung und für die dazu vorgelegten Dokumente über einen europäischen Gewaltverzicht und über kommerzielle, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten.

Eine Vereinbarung über den Verzicht auf die Anwendung oder Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen, die von allen europäischen Staaten abgelehnt und unterschrieben würde, wäre die Fixierung eines Verzichts auf Krieg in Europa. Sie wäre von großer Bedeutung für eine nachhaltige Entspannung und für die Festigung des Friedens sowie für die Sicherheit des territorialen Status quo in Europa. Gleichzeitig würde damit ein entscheidender Schritt zur Herstellung von dauerhaften Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten der zwei sozialen Systeme in Europa getan.

Genosse Breschnev hat in seiner Rede auf der sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftskonferenz in Moskau mit Recht darauf hingewiesen, daß schon seit vielen Jahren die unrealistische, revanchistische Politik der regierenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, die sich mit den politischen Ergebnissen des antifaschistischen Kampfes der Völker im zweiten Weltkrieg nicht abfinden wollen, die veratärkt aufrüsten und von einer Veränderung der Landkarte träumen, das Haupthindernis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit sind. Die multilaterale Festlegung des Gewaltverzichts in einem gesamt europäischen Abkommen kann sich als äußerst wichtig bei der Zurückdrängung des westdeutschen Revanchismus und Militarismus erweisen.

Der gesamteuropäische Charakter einer Gewaltverzichtsvereinbarung wirkt dann auch gegen die in der Regierungserklärung des neuen westdeutschen Kanzlers Willy Brandt ausgesprochene Absicht, der DDR nur einen Sonderstatus als einen Teil "Deutschlands", d. h. nicht als selbständigen, souveränen deutschen Staat, zu gewähren. Es liegt im Interesse aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, derartige Intentionen von vornherein zu vereiteln und die gleichberechtigte Stellung der DDR als Völkerrechtssubjekt in jeder Hinsicht hervorzuheben.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig darauf hinzuweisen, daß die westdeutsche Bundesregierung die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik nur als Demarkationslinie betrachtet. Auf ähnlicher Linie liegt es, daß zum Beispiel die französische Regierung nur die sogenannten äußeren Grenzen Deutschlands anerkennen will. Angesichts dessen ist es für die Deutsche Demokratische Republik wichtig, daß, sofern es uns gelingt, den Passus über die Grenzen im Entwurf auch in den Sondierungsgesprächen mit den Regierungen kapitalistischer Staaten durchzusetzen, unbedingt die vorliegende Fassung von der territorialen Integrität aller europäischen Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen anerkannt und strikt respektiert

werden muß. Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik grenzen an die westdeutsche Bundesrepublik, und es ist gar kein Zweifel, daß an der Westgrenze unserer beiden Staaten die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft garantiert werden muß.

Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt in vollem Umfang auch den Entwurf des Hauptinhaltes eines Dokuments über die Erweiterung von gleichberechtigten Beziehungen auf den Gebieten des Handels, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, die auf die Entwicklung auch der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gerichtet sind. Die Annahme eines solchen Dokuments auf einer europäischen Sicherheitskonferenz wäre eine gute Grundlage für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, frei von jeder Diskriminierung, und für die Fortentwicklung der souveränen Gleichheit aller Staaten unseres Kontinents. Es würde der DDR die Möglichkeit geben, der Räumlichkeit der westdeutschen Bundesrepublik in die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit nord- und westeuropäischen Staaten wirksamer zu begegnen. Die Maßnahmen der westdeutschen Regierung gegen die Außenwirtschaft der DDR, die sowohl mit Hilfe der EWG als auch durch die Ausübung der Regierungsgewaltungen

unternommen werden, fügen der Deutschen Demokratischen Republik, die in all diesen Ländern mangels eigener politischer Vertretungen benachteiligt ist, fortlaufend großen Schaden zu. Die gleichberechtigten kommerziellen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit allen europäischen Staaten, frei von jeder Diskriminierung, sind also für die Deutsche Demokratische Republik sowohl für ihre wirtschaftliche Entwicklung als auch für ihre europäische politische Position ein eminent wichtiges Problem.

Eine genuineuropäische Vereinbarung entsprechend dem vorliegenden Entwurf würde auch den Kampf der Deutschen Demokratischen Republik gegen das diskriminierende Travelboard-System beträchtlich erleichtern. Es würde für die gleichberechtigte Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen neue Möglichkeiten schaffen.

Bei der Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der sozialistischen zu den kapitalistischen Staaten Europas tritt der unlösbare Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie besonders deutlich hervor.

Daraus ergibt sich, daß eine Ausdehnung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie des Handels mit den Staaten des imperialistischen Systems zugleich hohe Anforderungen an unseren politischen Kampf stellt. Er macht es erforderlich, daß unsere Ministerien ihre gegenseitige Information und Koordination in weiteren Vorgängen noch vorantreiben und wirksamer gestalten.

linke Genossen!

Die strategisch-taktische Linie und die Maßnahmen zur Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz, die wir auf dieser Beratung erörterten und festlegten, bedeuten in keiner Hinsicht, daß wir von den Grundanfordernissen der europäischen Sicherheit auch nur das Geringste aufgeben. Die Partei- und Staatsführung der DDR halten es vielmehr für notwendig, den gemeinsamen Kampf um die Erfüllung der Grundanfordernisse eines Systems der europäischen Sicherheit, wie sie in den von unseren Parteien und Staaten gemeinsam in Bukarest, Karlovy Vary, Budapest und der Internationalen Beratung in Moskau vereinbarten Dokumenten enthalten sind, zu intensivieren. Das gilt sowohl für alle politisch-diplomatischen Aktivitäten der sozialistischen Staaten als auch für das Wirken der gesellschaftlichen Organisationen bei der Vertretung der bekannten 5 Hauptforderungen. Wir tun die ersten Schritte zur Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz, verlieren aber nie aus dem Auge, daß die Gewährleistung der europäischen Sicherheit erfordert

- die Gewährleistung der Unantastbarkeit der territorialen Integrität, insbesondere der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sowie der Oder-Neiße-Grenze;
- die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die nicht-sozialistischen Staaten Europas einschließlich der west-

- deutschen Bundesrepublik und die uneingeschränkte Aufgabe der westdeutschen Alleinvertragsaufsetzung; sowie der Hallstein-Doktrin;
- die Verhinderung des Zugangs Westdeutschlands zu Kernwaffen in jeglicher Form und die Unterzeichnung und unverzügliche Ratifizierung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie die Einleitung von Schritten zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;
 - die Anerkennung Westberlins als selbständige politische Einheit;
 - die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an.

Die Vorbereitung und Durchführung der Sicherheitskonferenz schafft neue Möglichkeiten für die allgemeine und gleichberechtigte Einbeziehung der DDR in die gesamtdeutschen Beziehungen. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Alleinvertragsaufsetzung der westdeutschen Bundesregierung. Die neue westdeutsche Regierung hat unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die sogenannte Friedensnote des CDU-Kanzlers Ehard von März 1956, in der die Grenzen von 1937 gefordert werden, und die Regierungserklärung Kiesingers von Dezember 1956 zu erkennen gegeben, daß sie hinsichtlich der angemaßten "Alleinvertretung", wie auch in anderen Fragen der Außenpolitik, die Kontinuität der bisherigen Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus wahren will. Diese Politik wurde von der DDR/BRD bestritten, die für das westdeutsche Monopolkapital

die Macht ausübte und die Verantwortung für das Wiedererstehen des Revanchismus und Militarismus sowie für die Entfaltung des Neonazismus in Westdeutschland trägt.

Der neue sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt hat dieser Politik keine Absage erteilt, sondern in seiner Regierungserklärung ausdrücklich den Willen zur Kontinuität und konsequenten Weiterentwicklung der Politik bekundet, die in der von mir erwähnten CDU-Dokumentation entwickelt wurde. Die neue Bonner Regierung ist zwar nicht mehr in der Lage, die Existenz der DDR als selbständigen Staat zu bestreiten, will ihr aber keinesfalls die völkerrechtliche Anerkennung zugestehen. Angesichts dessen betrachten wir es als eine gemeinsame außenpolitische Aufgabe der Staaten des Warschauer Vertrages, den Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR mit aller Konsequenz und auf allen Gebieten weiterzuführen.

Das gilt auch für die Vorbereitung und Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz. Es geht darum, daß die Deutsche Demokratische Republik gleichberechtigt und mit dem gleichen Status wie alle anderen europäischen Staaten an der Sicherheitskonferenz teilnimmt.

In seiner Regierungserklärung hat der sozialdemokratische Kanzler den neuen Begriff von "zwei Staaten in Deutschland" geprägt. Das entspricht einer Konzeption für die Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz durch das Bonner Außenwärtige Amt, die noch unter dem Außenminister Willy Brandt entwickelt wurde. Danach will die Bonner Regierung die Dynamik

einer europäischen Sicherheitsdiskussion für einen "innerdeutschen Ausgleich" nutzbar machen. Bei einem Zustandekommen der gesamteuropäischen Konferenz kommt es für die Bonner Regierung darauf an, sogenannte negative Präzedenzwirkungen einer gleichberechtigten Teilnahme der DDR auszuschließen. Um das zu erreichen, möchte die Bonner Regierung mit den Westmächten eine Form der Vertretung Deutschlands anstreben, bei der sie ein Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sichtbar zu machen sucht. Das könnte geschehen durch das Verlangen nach einer besonderen Teilnahmeform der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik, die sich von der aller anderen Teilnehmer unterscheidet. Angesichts der Tatsache, daß die Völkerrechtssubjektivität der westdeutschen Bundesrepublik von den sozialistischen Staaten nicht bestritten wird und international anerkannt ist, soll auf diesem Wege de facto die Alleinvertretungsmaßnahme der westdeutschen Bundesrepublik aufrechterhalten werden.

In Erkenntnis dieser Absichten der Bonner Regierung, die auch in der Regierungserklärung Willy Brandts aufgegriffen sind, ist es unseres Erachtens erforderlich, in den vorbereitenden diplomatischen Gesprächen klarzustellen, daß die gleichberechtigte Teilnahme aller europäischer Staaten an der Konferenz nur dann gewährleistet ist, wenn die DDR als selbständiger, souveräner Staat an ihr mit den gleichen Rechten und Pflichten teilnimmt, wie sie allen anderen Konferenzteilnehmern zukommen. Die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an einer europäischen Vereinbarung über den Gewaltverzicht, die doch nur zwischen

europäischen Staaten abgeschlossen werden kann, würde zugleich die staatliche Souveränität der DM unterstreichen. Das wäre nicht nur für die DM von Vorteil, sondern für die sozialistische Staatengemeinschaft insgesamt.

In Kreisen der Bonner Regierung wurde die Auffassung vertreten, die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems beruhe den politischen, militärischen und Rechtszustand Gesamtdeutschlands. Über ihn zu entscheiden wäre aber den vier Mächten vorbehalten und könne erst in einem Friedensvertrag endgültig geregelt werden. Das ist auch eine Argumentation, mit der man die gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten zu verhindern sucht, vielleicht sogar das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz überhaupt in Frage zu stellen versucht. Angesichts dessen halten wir es nicht für zweckmäßig, wie das von einigen Seiten angelegt wurde, auf einer gesamt-europäischen Konferenz die sogenannte Deutschlandfrage oder die Frage eines deutschen Friedensvertrages zu behandeln. Für die imperialistischen Gegner einer europäischen Sicherheitskonferenz wäre das nur der Vorwand, die Grundlagen der Konferenz ernsthaft zu stören und von den sozialistischen Vorschlägen abzulenken. Die gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten, ihre gleichberechtigte Teilnahme an einem europäischen Gewaltverzichtsabkommen würde unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen der europäischen Friedenssicherung im besten Sinne und wäre darüber hinaus auch ein Beitrag zu einer deutschen Friedensregulierung.

Die westfälische Europapolitik und die Vorbereitung der ersten europäischen Sicherheitskonferenz, die das Thema unserer heutigen Beratung sind, werden zu einem um so größeren Erfolg führen, je eingehender über die Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens für ihre Verwirklichung eintraten.

Im diesem Sinne wünschen wir uns während der nächsten anderthalb Informations- und Konsultationsreisen sowohl über bilaterale als auch über multilaterale Kontakte mit den Staaten West- und Nordeuropas. Eine solche aktive Einheitslichkeit wird die Garantie dafür sein, daß wir unsere Politik, die wir auf dieser Beratung konzipieren, die Rahmen unserer NATO-Gemeinschaft, zum Nutzen der europäischen Sicherheit mit Erfolg durchsetzen.

Hoch danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.